

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 19

Artikel: Russel an Gomulka
Autor: Russel, Bertrand
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095578>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Exodus 1969

Am 1. September ist das letzte Kapitel jüdischer Geschichte in Polen zu Ende gegangen. Bis dahin war noch die Auswanderung die einzige Möglichkeit für Juden gewesen, der Verfolgung zu entgehen. Nunmehr hat sich die Grenze auch für sie geschlossen.

Dramatische Szenen, wie sie sich vor 30 Jahren im nationalsozialistischen Deutschland abgespielt hatten, wiederholten sich kürzlich in Polen. Infolge der andauernden antisemitischen Kampagne sah sich der kleine Rest polnischer Juden gezwungen, seine Heimat zu verlassen.

Drei Millionen Juden wurden in Polen während des Zweiten Weltkrieges vernichtet. Von den insgesamt 20 000 Ueberlebenden beantragen jetzt 14 000 die Auswanderung aus Polen. Wöchentlich überschritten etwa 100 jüdische Auswanderer die polnischen Grenzen. Vom 1. September dieses Jahres an wurde ihre Auswanderung nach Israel wieder eingestellt. Das Verbot erfolgte aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Intervention Syriens, dessen Aussenminister anlässlich seines Warschauer Besuches die Einstellung der Auswanderung von Juden nach Israel verlangt hatte. Ab 1. September dieses Jahres dürfen die Juden in Polen nur noch auf Grund der rigorosen allgemeinen Bestimmungen ein Gesuch auf Auswanderung stellen. Nach offiziellen polnischen Mitteilungen verliessen zwischen dem Juni 1967 und Mai 1969 etwa 5264 Juden das Land.

Die Zulassung der Auswanderung der polnischen Juden erfolgte nach dem Sechstagekrieg, als Parteichef Gomulka erklärte, dass alle Juden, die eine innere Beziehung zu Israel hätten, das Land frei verlassen dürften. Mit der Steigerung der antisemitischen Propaganda nahmen die Anmeldungen zur Auswanderung erheblich zu.

Für die antisemitischen Massnahmen ist es bezeichnend, dass nach offiziellen Angaben allein aus dem Auswärtigen Amt und aus dem Ministerium für Aussenhandel 720 Beamte jüdischer Herkunft entlassen wurden. Antisemitische Säuberungsaktionen wurden auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vom Offizierskorps bis zu den Hochschulen, durchgeführt. Im besten Nazi-Stil veröffentlichte beispielsweise das polnische Presseorgan «Prasa Polska» eine Liste der Journalisten, die wegen ihrer angeblichen «zionistischen» Einstellung aus der Warschauer Organisation des Polnischen Journalistenverbandes ausgeschlossen sind. Darunter befanden sich u. a. Irena Dobosz-Wolberg von der Zeitschrift «Kobieta i Zycie», Antoni Gutowski (Polytika), Samuel Kerner (Presseagentur PAP), Filip Istner und Leon Szulczynski (Interpress), Erwin Weil (Verlag Polonia) und der Direktor des Verlags für Verkehrsfragen, Jozef Banas. Zwei Mitarbeiter der Presseagentur Interpress, Drodzdzynski und Goldman, haben aus diesem Grund in der Bundesrepublik um Asyl gebeten.

Säuberungen mit antisemitischer Tendenz hatten nach den Universitäten auch auf die übrigen Hochschulen übergreifen. So hat man in Warschau 87 jüdische Pädagogen entweder entlassen oder in die Provinz geschickt. Der polnische Germanist Roman Karst erklärte nach seiner Ankunft in Wien, man müsse die Situation bald mit den Verhältnissen unter Hitler vergleichen.

Henryk Grynberg, der international bekannte polnische Schriftsteller, begründete seine Emigration aus Polen besonders einleuchtend: «Ich

musste Polen aus zwei Gründen verlassen: Einmal, weil ich Jude bin, und zum andern, weil ich Schriftsteller bin. Ihren Lesern ist wahrscheinlich die antisemitische Tendenz der polnischen Regierungspolitik bekannt; hierzu brauche ich also keine längeren Erklärungen abzugeben. Es wird Ihnen auch bekannt sein, dass nur je einer von hundert Juden die Jahre der Hitler-Okkupation in Polen überlebt hat. Ich bin einer dieser ‚Auserwählten‘. Für mich als einen dieser Ueberlebenden ist es einfach nicht möglich, nochmals eine Verfolgung wegen meiner jüdischen Herkunft durchzumachen. Infolge des Eingreifens der Zensur, die jene geschilderte polnische Politik realisierte, gewann ich die Ueberzeugung, dass es unmöglich sein würde, meine schriftstellerische Tätigkeit in Polen fortzusetzen.»

Nicht nur Intellektuelle, sondern die Angehörigen aller Berufe unter den Juden sahen sich, oft im vorgerückten Alter, gezwungen, das Land ihrer Väter zu verlassen, denn sie befürchteten früher oder später weitere Repressalien. Juden, die das Land verlassen wollten, mussten zugleich auf ihre polnische Staatsbürgerschaft verzichten und erhielten anstelle eines üblichen Reisedokumentes einen sogenannten «Judenpass», der in mancher Hinsicht an die nationalsozialistischen Ausweise für Juden erinnerte.

Nun hat man in Folge der Proteste der arabischen Staaten die freie Ausreise der Juden aus Polen abgeschafft. Von den 5264 Juden, die bis Ende Mai 1969 das Land verlassen haben, wählten 2180 Israel als ihre neue Heimat, die anderen ha-



Jüdischer Friedhof in Krakau.

ben sich nach den USA oder nach anderen westlichen Staaten begeben.

Die «antizionistische» Hetze in den Spalten der polnischen Zeitungen brachte nicht nur Hass und Säuberungen, sondern auch die Schändung jüdischer Friedhöfe mit sich. Besonders betroffen wurde der 400 Jahre alte jüdische Friedhof in Warschau, wo zahlreiche Grabplatten aus Granit und Marmor entfernt worden sind.

Angesichts der Ereignisse in Polen stellte Dr. Nahum Goldmann, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, lakonisch fest, dass «die jüdische Gemeinschaft in Polen keine Zukunft mehr» habe. ■

Russell an Gomulka

Ende letzten Jahres richtete der britische Philosoph Bertrand Russell, den man kaum verdächtigen wird, Sympathien für das kapitalistische System zu haben, wegen der Judenverfolgung in Polen einen offenen Brief an Gomulka. Der Wortlaut des Schreibens fand seinerzeit in der westlichen Presse keine grosse Verbreitung. Wir bringen ihn als Dokument.

Herrn Wladislaw Gomulka,
Erster Sekretär,
Zentralkomitee der Vereinigten Polnischen
Arbeiterpartei, Warschau.

Sehr geehrter Herr Gomulka!

Ich schreibe Ihnen diesen offenen Brief, weil die jüngsten Ereignisse in Polen das Verbrechen des Schweigens nicht gestatten.

Die Welle des Antisemitismus in Polen verlangt von den Sozialisten überall, dass sie eine so rohe Entstellung des gesellschaftlichen Lebens anprangern. Man mochte gehofft haben, dass der 5. Parteikongress im November den Verurteilungen von zumeist jüdischen Studenten Einhalt gebieten würde, denen die Organisation von Demonstrationen zu Beginn dieses Jahres vorgeworfen wurde. Aber die Prozesse gehen, jetzt, da ich diesen Brief schreibe, weiter. Man bringt die Anklagen in kleinen Gruppen vor Gericht und sperrt die ausländische Presse aus, offensichtlich

in der Hoffnung, das entwürdigende Geschehen werde so nicht bemerkt. Worin besteht das grässliche Verbrechen dieser Studenten? Sie haben gegen die Zensur und gegen die Entlassung ihrer Kollegen demonstriert — und sie sind Juden.

Die letzten 18 Monate hindurch haben Presse, Geheimpolizei und Regierung in Polen den Antisemitismus durchaus bewusst angefacht. Auf Grund einer perversen Logik sind alle Juden jetzt Zionisten, die Zionisten sind Faschisten, die Faschisten sind Nazis, und die Juden identifiziert man somit ausgerechnet mit jenen Verbrechern, die noch in jüngster Vergangenheit das polnische Judentum auszurotten suchten.

Hunderte von Juden, nunmehr definitionsmässig unter die «Konterrevolutionäre eingereiht, sind aus der Partei und aus verantwortlichen Stellen in Verwaltung, Öffentlichkeit und Kulturleben gesäubert worden. In einer von Verhaftungen, Entlassungen und Verfolgung geprägten Atmosphäre werden Väter wegen der angeblichen Aktivität

Briefe

Die Schweiz aus der Sicht eines tschechoslowakischen Kommunisten

Es fällt mir auf, dass in der Schweiz viele negative Betrachtungen über die Schweiz angestellt werden. Auch ich will Betrachtungen über die Schweiz anstellen, aber aus der Sicht eines östlichen Kommunisten.

Die kommunistischen Länder setzten sich auf der Grundlage der Lehre von Marx und Engels die Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung zum Ziel, welche in materieller und politischer Hinsicht eine menschenwürdige Lebensweise sicherstellt. Wenn wir davon ausgehen und die Verhältnisse in der Schweiz und in den östlichen Ländern vergleichen, so kommen wir zur objektiven Feststellung, dass dieses Ziel in der Schweiz in bedeutend grösserem Masse verwirklicht wurde als in den sogenannten kommunistischen Ländern.

Der Lebensstandard der schweizerischen Arbeiter ist wenigstens zweimal so hoch als der Lebensstandard der Arbeiter in den östlichen Ländern. Materiell ist die Lebensweise menschenwürdiger. In dieser Beziehung ist es den gesellschaftlichen Institutionen gelungen, mehr vom Sozialismus zu verwirklichen als in den sogenannten kommunistischen Ländern. Wenn wir daher aus der Sicht der dortigen Arbeiter die Schweiz als sehr positiv für die Arbeiter beurteilen, so entspricht das den objektiven Tatsachen. So können wir die Meinung nicht akzeptieren, dass «die Massen in den Volksdemokratien einen ‚goldenen Westen‘ sehen, den sie meistens weitaus überschätzen» («Weltwoche», 11. Oktober 1968). Nein, das ist keine Ueberschätzung. Wenn dort der Arbeiter den zweifachen Lebensstandard erreicht, ist das eher noch untertrieben.

Aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Daher stellt sich die Frage, wie es mit den Freiheiten bestellt ist, die schon die französische bürgerliche Revolution verkündet hat. In sozialistischer Sicht besteht die Freiheit nicht wie in kapitalistischer Sicht in anarchistischer Handelsfreiheit.

Aber sie besteht sowohl in sozialistischer als auch in kapitalistisch-demokratischer Sicht darin, dass die Bürger ihre Ansichten und ihren Willen frei kundtun und vor allem selbst bestimmen können, wer wie regieren soll. Dies kann nur in allgemeinen, geheimen Wahlen verwirklicht werden, die für die Leute verschiedener Meinung gleiche Bedingungen gewähren. Solche Wahlen werden in der Schweiz durchgeführt, und somit entscheidet das schweizerische Volk selbst über sein Schicksal. Wenn in der Schweiz die Hände hochgehen, bedeutet das wirkliche Zustimmung und nicht eine Befehlsausführung.

Wie ist es um diese Freiheitsrechte in den sogenannten kommunistischen Ländern bestellt? Dort gibt es keine freien Wahlen, und die Bürger können ihre Ansichten und ihren Willen nicht kundtun. Wer wird es in einer Diktatur riskieren, seine oppositionelle Ansicht offen zu äussern? Die Wahl, besser gesagt die Abstimmung, geschieht vor der Wahlkommission, die selbstverständlich aus verlässlichen Mitgliedern besteht. Dabei werden auch die Kandidaten vom Parteiapparat bestimmt.

Der in der Schweiz auf Initiative der Studenten durchgeführte Volksentscheid über das ETH-Gesetz ist für den Bürger der östlichen Staaten überzeugend, weil man sich dort nicht einmal vorstellen kann, dass Bürger — in diesem Falle Studenten — das Recht haben können, eine von der zuständigen Behörde angenommene Gesetzesvorlage zu vereiteln. Hier können die Studenten auch die Professoren kritisieren, wogegen sie in den östlichen sogenannten kommunistischen Ländern nicht einmal den Pedell zu kritisieren wagen.

Auch die Nationalitätenfrage hat die Schweiz besser gelöst. Die Nationalitäten leben in der Schweiz nicht als Minderheiten, sondern als mit der Mehrheitsnation gleichberechtigte Nationen, auch wenn es trotzdem Differenzen zwischen den Gruppen gibt. Für Bürger aus östlichen Ländern ist es eine grosse Ueberraschung, wenn sie etwa feststellen, dass es in Sitten, der Hauptstadt eines gemischtsprachigen Kantons, schwerfällt, Leute zu finden, die eine in deutscher Sprache vorgebrachte Frage beantworten können. Das beweist uns, dass die Bevölkerung der sprachlichen Minderheit nicht gezwungen ist, die Sprache der Mehrheit zu erlernen.

Wie ist dagegen die Lage der Minderheiten in unsern Ländern? In Rumänien leben 1,5 Millio-

nen Ungarn, die ganz dem Willen der Mehrheitsnation unterworfen sind. Ursprünglich hatten sie geringe Autonomierechte, aber nicht so viel wie die Kantone in der Schweiz, doch auch diese wurden ihnen entzogen. Sie dürfen ihr Mutterland, Ungarn, nicht besuchen.

Die grösste Minderheit der Tschechoslowakei sind die 600 000 Ungarn. Sie leben auf kompaktem Gebiet im südlichen Teil der Slowakei. Dass sie keine einzige ungarische Hochschule oder Fakultät haben, hält man dort für eine sozialistische Lösung. Wer die ungarischen Siedlungen in der Slowakei besucht, kann sich selber davon überzeugen, dass die Ortsbezeichnungen bloss in slowakischer Sprache angeführt werden.

Die objektive Wahrheit ist die, dass sich die Minderheiten in den kommunistischen Ländern wirklich als solche fühlen können, das heisst als Menschen minderen Rechts, wogegen die Minderheiten in der Schweiz dieses Gefühl nicht zu haben brauchen, weil sie tatsächlich der Mehrheit gleichgestellt sind.

Das schliesst nicht aus, dass es auch in der Schweiz Mängel gibt, wie ich es sehe, namentlich im Sozial- und Gesundheitswesen. Auch muss man es z. B. unternehmen, «das Land für die Nachkommen ... besitzbar zu erhalten, denn es darf nicht sein, dass sich immer mehr Mitbürger ausserstande sehen, zu einem Heim zu kommen, das ihnen zu eigen gehört» (NZZ, 1.8.69).

Trotzdem kann man aus der Sicht eines östlichen Kommunisten der Behauptung zustimmen, wonach die Schweiz ein Land ist, in dem es sich «nicht schlecht leben lässt, dank der politischen wie der wirtschaftlichen Freiheit, auch wenn einzelne Institutionen überaltet sind» (Bundesrat Celio in Lugano, 3.8.69).

Es ist kein Zufall, wenn der kommunistische Schriftsteller Kohout in seinem «Tagebuch eines Konterrevolutionärs» einer Frau diese Worte in den Mund legt: «... sie fragte, warum wir auf dem Kontinent, wo es eine Schweiz gibt, zum Sozialismus verurteilt sind.»

Nach all diesen Ueberlegungen muss man zur objektiven Feststellung gelangen, dass in der Schweiz mehr von den sozialistischen Ideen verwirklicht wurde als in den östlichen kommunistischen Ländern. X. Y.

(Red.: Der Verfasser dieses Briefes gehört seit über zwanzig Jahren der KP(Tsch an.)

ten ihrer Söhne gesäubert — noch ehe diese Söhne überhaupt vor Gericht erscheinen. Nicht nur werden die «Verbrechen» der Söhne zu den Verbrechen der Väter gemacht, nein, es genügt schon, dass der Verdacht seinen Finger auf den Sohn richtet, um den Vater leiden zu machen. Herr Gomulka, Ihr eigener Sohn ist Halbjude. Sie sind doch sicher imstande, den verbrecherischen Charakter und die Gefahr einer solchen Praxis einzusehen?

Die häufige Klage im heutigen Polen über die zu hohe Vertretung der Juden in der Partei erinnert an Hitlers Klagen vor seiner Machtergreifung über die unverhältnismässige Rolle der Juden in Deutschland. Viele Juden sind in Polen der Partei in der einfachen und verständlichen Hoffnung beigetreten, dass die Partei sie vor einer

Wiederholung des vergangenen Alptraums schützen werde. Das war ein tragischer Irrtum, wie es sich herausgestellt hat.

Heute werden die Juden an offiziellen Umzügen als krummnasiges Pack dargestellt, und der Antisemitismus hat seine theoretische Rechtfertigung in jenen offiziellen Publikationen erhalten, welche der ideologischen Führung durch die Partei unterstehen. Der angefachte Antisemitismus dient zur Verdeckung von Fraktionskämpfen, als Ersatz für die fällige Analyse der Gründe für die massive Unbeliebtheit der Regierung, als Mittel zur Beschaffung von Sündenböcken.

Diese Tatsachen, sorgfältig belegt und in informierten Kreisen detailliert bekannt, bedeuten für die kleine jüdische Gemeinschaft in Polen den plötzlichen Verlust des Lebensunterhaltes, Armut,

rassistische Misshandlung und die Drohung von noch schlimmerem: ein entsetzliches Leben. Vieles davon hätte sich vermeiden lassen, wenn Sie, Herr Gomulka, die Autorität Ihres hohen Amtes dazu benutzt hätten, zu helfen, dass es vermieden würde.

Wie soll die Verhaftung und Säuberung von Juden in ihnen jene Loyalität zu Polen verstärken, die ihnen angeblich fehlt? Wie können rohe Rassenvorurteile überhaupt eine Rolle im Aufbau des Sozialismus spielen, welcher das Konzept von Brüderlichkeit und sozialer Gerechtigkeit evoziert?

Die Welt erwartet eine Antwort auf diese Fragen.

Aufrichtig Ihr

Bertrand Russell

9. Dezember 1968